

Griechenland

HEINZ-JÜRGEN AXT

Niemand verstehe im Ausland die griechische Haltung im Namensstreit mit Mazedonien, räumte der stellvertretende Außenminister, Theodoros Pangalos, jüngst ein¹. Konsequenzen scheint die griechische Regierung aus dieser Erkenntnis gleichwohl nicht ziehen zu wollen: Am Handelsboykott und an der feindseligen Haltung gegenüber der ehemals jugoslawischen Republik wird festgehalten.

Balkanpolitik: "Niemand versteht Griechenland"

Nach dem Ende des Kalten Kriegs ist Griechenland außenpolitisch isoliert². Das Land ist nicht mehr bloß geographisch von der übrigen Europäischen Union getrennt. Vielmehr hat sich heute ein Krisen- und Konfliktbogen — von Albanien über das ehemalige Jugoslawien bis hin zur früheren Sowjetunion — zwischen Griechenland und die übrige Union geschoben. An beinahe allen "Fronten" tun sich für Griechenland ernstzunehmende Konflikte auf: wegen der Flüchtlinge und der Nordepirusfrage mit Albanien, wegen des strittigen Namens mit dem ehemals jugoslawischen Mazedonien, wegen eventuell entstehender Territorialansprüche mit Bulgarien und wegen der türkisch-muslimischen Minderheit in Thrakien, der Rechte in der Ägäis und des Zypernproblems mit der Türkei. Aufgrund des gesteigerten Sicherheitsbedürfnisses hat Griechenland, vor allem unter der Regierung Mitsotakis, die enge Anlehnung an die Europäische Union gesucht, die allerdings dort aufgegeben wird, wo "nationale Eigeninteressen" ausgemacht werden. Das ist gegenwärtig im Verhältnis zur Türkei und in der Balkanpolitik, vor allem in der Mazedonienfrage der Fall.

In der Balkanpolitik hat auch 1993 die Mazedonienfrage die herausragende Rolle gespielt³. Während die EU-Partner die Annäherung und schließlich auch diplomatische Anerkennung der jungen Republik befürwortet haben — letztlich in der Hoffnung, damit einen Beitrag zur Stabilisierung der unruhigen Balkanregion zu leisten —, ist die griechische Öffentlichkeit nicht von der Notwendigkeit eines Kompromisses zu überzeugen. Mittlerweile haben sieben Staaten der Europäischen Union (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande) diplomatische Beziehungen zu Mazedonien aufgenommen⁴ — Belgien übrigens in der Zeit seiner EU-Präsidentschaft⁵. Der Name Mazedonien und die Flagge wurden von den EU-Staaten nicht anerkannt. Am 9. Februar 1994 hat auch die amerikanische Regierung Skopje unter dem in den UN gebräuchlichen Namen "Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien"

(EJRM) anerkannt, was die Regierung Papandreou öffentlich unter Druck gesetzt hat⁶. Seit ihrer Amtsübernahme hatte sie sich nämlich — in bewußter Absetzung von der prononcierten Europaorientierung der Regierung Mitsotakis — darum bemüht, die griechisch-amerikanischen Beziehungen zu einem wichtigen Pfeiler der Außenpolitik zu machen. Antiamerikanismus, früher von den Linken in Griechenland belegt, wird heute von den "nationalen Rechten" geschürt.

Verhandlungen über die Namensgebung der EJRM fanden zwischen Athen und Skopje unter Vermittlung der Vereinten Nationen in New York statt, ohne daß sich allerdings Kompromißformeln herausgeschält hätten. Zwar gewählt, aber noch nicht einmal im Amt, hat Ministerpräsident Andreas Papandreou angekündigt, daß die Verhandlungen mit Skopje unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen nicht weitergeführt werden⁷. Der neue Regierungschef lehnt noch immer die Verwendung des Namens Mazedonien bei der Namensgebung des nördlichen Nachbarn ab. Die UN-Verhandlungen wurden von der neuen Regierung nicht mehr aufgenommen. Der am 16. Februar 1994 von Griechenland gegenüber Mazedonien ausgerufene und zuvor bereits als Protest gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch EU-Länder annoncierte Handelsboykott war der nächste Schritt⁸. Griechenland wollte — ausgerechnet in der Zeit seiner EU-Präsidentschaft — seinen nördlichen Nachbarn zwingen, den Namen zu ändern. Die Union reagierte nach einigem Zögern mit einer Anrufung des Europäischen Gerichtshofes⁹. Nunmehr ist Skopje von der Zufuhr wichtiger Rohstoffe abgeriegelt — 80% der Importe wurden über den Hafen von Thessaloniki eingeführt —, Exporte müssen kostenträchtige Umwege nehmen, weil der relativ gut ausgebaute Handelsweg über den griechischen Hafen versperrt ist. Die ohnehin anfällige mazedonische Wirtschaft ist durch die griechische Maßnahme schwer geschädigt worden. Eine tiefgreifende soziale und politische Destabilisierung kann die Folge sein, die sich im Grunde genommen Griechenland am wenigsten wünschen kann.

Diplomatische Verstimmung gab es im November 1993 wegen der Mazedonienfrage auch zwischen Griechenland und Deutschland: Außenminister Theodoros Pangalos verstieg sich dazu, Deutschland die "Kraft eines Monstrums und das Hirn eines Kindes" zu attestieren. In der Bundesrepublik sah Pangalos "großgermanische Träume" heraufziehen¹⁰. Nach dem Angriff des griechischen Außenministers beeilte sich freilich das Athener Außenministerium zu erklären, bei den Äußerungen des Vizeministers handele es sich nicht um eine offizielle Stellungnahme.

Unter der PASOK-Regierung hat das Projekt der multilateralen Balkan-Kooperation wieder einen größeren Stellenwert erlangt. Gerade einmal drei Wochen im Amt, hat Karolos Papoulias ab dem 8. November 1993 ein Marathonbesuchsprogramm absolviert, indem er Albanien, Bulgarien, Kroatien, Montenegro, Rumänien, Serbien und Slowenien aufgesucht hat. Zwar stand das Informationsbedürfnis des neuen Außenministers obenan, die halbamtliche "Athens News Agency" hat jedoch verlauten lassen, daß Papoulias eine Balkan-Konferenz

vorbereiten wolle¹¹. Konkrete Ergebnisse haben sich noch nicht gezeigt. Gerade in Serbien, zu dem Griechenland enge und gute Kontakte pflegt, war die Reaktion auf die Vorstellungen von Papoulias wenig positiv¹².

Was die Albanienflüchtlinge angeht, so kam es 1993 wiederholt zu Differenzen zwischen Athen und Tirana. Im Juli wurden 24.000 Albaner, die nach Griechenland geflohen waren, abgeschoben¹³. Die Abschiebung war als Reaktion auf die von der albanischen Regierung Ende Juni vorgenommene Ausweisung eines orthodoxen Geistlichen aus Nord-Epirus zu sehen, dem Propaganda für die Vereinigung mit Griechenland vorgeworfen worden war¹⁴. Während die griechische Seite die Flüchtlinge für die ansteigende Kriminalität verantwortlich macht, kritisieren albanische Behörden das rüde Verhalten griechischer Sicherheitskräfte. Wiederholt wurden Albaner beim Überschreiten der Grenze beschossen. Allerdings ist unverkennbar, daß man sich in Athen um Schadensbegrenzung und um ein entspanntes Verhältnis zu Albanien bemüht. Das gilt für den ehemaligen Außenminister Michail Papakonstantinou ebenso wie für den jetzigen Amtsinhaber Karolos Papoulias.

In der Türkeipolitik haben sich 1993 — weder unter Konstantin Mitsotakis noch unter Andreas Papandreou — neue Initiativen ergeben. Vereinzelt gab es Zeichen der Entspannung, so als Ministerpräsident Mitsotakis bekräftigte, daß die Türkei auf dem Balkan keine Abenteuer suche¹⁵. Das Minderheitenproblem in West-Thrakien, die Streitfragen in der Ägäis und das Zypernproblem entzweien allerdings Athen und Ankara weiterhin. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei wird weiterhin von Griechenland blockiert¹⁶.

"Sie kommen wieder" – die Wahlen vom Oktober 1993

Mit 46,88% hat die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) die Wahlen vom 10. Oktober 1993 mit deutlichem Vorsprung gegenüber der bisherigen Regierungspartei Neue Demokratie gewonnen. Diese kam lediglich auf 39,3%. Damit hatten sich 1993 die Verhältnisse gegenüber den letzten Wahlen vom 8. April 1990 geradezu in ihr Gegenteil verkehrt: Die Neue Demokratie hatte damals 46,88 und die PASOK 38,62% erhalten. Der Charakter eines Zwei-Parteien-Systems bleibt Griechenland erhalten; keine der übrigen Parteien ist 1993 über 5% gekommen. Die Linksparteien, die 1993 nicht mehr so wie 1989 und 1990 als Bündnis aufgetreten sind, erreichten 4,54% (Kommunistische Partei) und 2,94% (Linksbündnis). Wenn man ihre Wahlanteile addiert, zeigt sich ein Verlust der Linksparteien von fast 3 Prozentpunkten. Die Partei Politischer Frühling, die vom ehemaligen Außenminister Antonis Samaras zusammen mit "Abtrünnigen" aus der Neuen Demokratie im Juni 1993 gebildet worden war, kam auf 4,87%. Samaras, der angetreten war, der "Gerontokratie" in Griechenland — Mitsotakis und Papandreou sind beide 74 Jahre alt — ein Ende zu bereiten, dürfte auf absehbare Zeit keine Rolle mehr spielen.

Von den 300 Sitzen im Athener Parlament hat 1993 die PASOK 170 erhalten, die Neue Demokratie kam auf 111 Mandate. Damit verfügt die PASOK zwar über die absolute Mehrheit im Parlament, nicht aber über die 3/5-Mehrheit, die zur Wahl des Staatspräsidenten erforderlich ist. Diese Wahl steht 1995 an. Mit knapp 47% der Wählerstimmen hat die PASOK 56,7% aller Parlamentssitze erhalten.

Daß die PASOK nach nur drei Jahren Regierungszeit der Neuen Demokratie erneut die Mehrheit erringen konnte, muß überraschen, wenn man sich der Skandale gegen Ende der PASOK-Regierungszeit erinnert. Ministerpräsident Papandreu und fünf seiner Minister mußten sich ab 1989 immerhin wegen folgender Anklagepunkte vor Gericht verantworten: die Affäre um die Bank von Kreta (Koskotas-Skandal), die über Schweizer Konten gelaufenen Bestechungsgelder, Unregelmäßigkeiten beim Verkauf von Mais an Jugoslawien zu Lasten der Europäischen Union, der überbeuerte Kauf von Militärflugzeugen und die langwährende Telefonüberwachung. Die Wahlen von 1993 waren eher eine Wahl gegen die Regierung Mitsotakis als für eine Regierung Papandreu. Dafür sprechen zumindest zwei Gründe: erstens die Unzufriedenheit der Wähler mit dem wirtschaftspolitischen Stabilitätskurs der Regierung und zweitens die Tatsache, daß die PASOK ihren Wahlkampf fast gänzlich ohne programmatische Aussagen geführt hat.

Als die Neue Demokratie 1990 die Regierung übernahm, stand die wirtschaftliche Stabilisierung im Vordergrund. Die Inflationsrate hielt damals mit 14% den EG-Rekord, die Staatsverschuldung entsprach der Höhe des Bruttoinlandsprodukts, das Defizit der öffentlichen Unternehmen erreichte 1,5 Mrd. DM und die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand 22% des Inlandsprodukts. Um die Inflation und die Verschuldung abzubauen, drängte die Regierung Mitsotakis vor allem auf eine nur mäßige Steigerung der Einkommen — mit einem Lohnstop im öffentlichen Sektor — und auf die Privatisierung der öffentlichen Unternehmen, was etliche Arbeitsplätze zur Disposition stellte. Mit beidem haben sich die Wähler nicht abfinden wollen. Von der neuen Regierung erwarteten die Wähler offensichtlich eine "sozial moderatere" Gestaltung der wirtschaftlichen Stabilisierung. Daß diese dabei auf der Strecke bleiben kann, ist nicht von der Hand zu weisen. Wie in der Wirtschaftspolitik blieben die Wahlaussagen der PASOK zur Außenpolitik knapp und unbestimmt. Immerhin bleibt festzuhalten, daß die Mazedonienfrage, die in der jüngsten Vergangenheit die gesamte griechische Nation bewegt, erregt und auch lähmt, ebenso wie andere außenpolitische Probleme keine besondere Rolle gespielt hat.

Mit 23 Ministern und derselben Zahl von Vizeministern und Staatssekretären hat Papandreu nicht eben ein kleines und an der Haushaltsdisziplin orientiertes Kabinett gebildet. Das gesamte Parteispektrum ist vertreten. Man findet "Populisten" ebenso wie moderate Sozialdemokraten. Papandreu hatte zwar den Wahlkampf seiner Partei angeführt, nach einer schweren Bypass-Operation kann er allerdings kaum mehr die Pflichten eines Ministerpräsidenten in vollem

Umfang wahrnehmen. Es ist noch immer unklar, wer an die Stelle des Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden treten wird, wenn Papandreou seinen Amtspflichten nicht mehr nachkommen kann.

Wirtschaft: ernüchternde Bilanz, mit einigen positiven Anzeichen

Die Wirtschaft entwickelte sich auch 1993 wenig zufriedenstellend in Griechenland. Gegen Ende des Jahres zeichnete sich ein Wachstum von lediglich 0,8% ab, während die Arbeitslosigkeit 9,5% erreichte. Bezüglich der vom Maastrichter Vertrag gesetzten Konvergenzkriterien ist die griechische Bilanz besonders negativ: Bis auf die Staatsverschuldung, wo Griechenland allerdings auch den drittletzten Rang einnimmt, bildet Hellas 1993 bei allen anderen Indikatoren das Schlußlicht. Die Inflation belief sich auf 14,5% bei einem Konvergenzkriterium von 2,9% und einem EU-Durchschnitt von 4,1%. Der Kapitalmarktzins kam auf 21,4% bei einem zulässigen Grenzwert von 9,7%. Beim Haushaltsdefizit waren es 14,8% real gegenüber den geforderten 3% und bei der Staatsverschuldung 114% des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem zulässigen Höchstwert von 60%. Hier stellten sich Italien mit 116% und Belgien mit 138% noch schlechter¹⁷.

Positive Anzeichen machen sich im wirtschaftlichen Austausch mit den Nachbarländern bemerkbar. Griechische Unternehmer nutzen die Tatsache, daß ihr Land der einzige EU-Staat auf dem Balkan ist. In Bulgarien ist Griechenland mittlerweile der mit Abstand größte ausländische Investor geworden¹⁸. Im südlichen Balkan entsteht eine "Drachmen-Zone", die griechische Währung wird zum gebräuchlichen Tauschmittel. Im Handel mit den Nachbarländern haben sich beachtliche Steigerungen bei den Ausfuhren Griechenlands ergeben. Zwischen 1991 und 1992 haben sich die Exporte nach Albanien mehr als verdreifacht, nach Bulgarien fast verdoppelt und nach Rumänien um knapp 30% erhöht. Ohne die positiven Anzeichen überzubewerten, bleibt festzuhalten: Was private Geschäftsleute vormachen, nämlich über die wirtschaftliche Kooperation auch einen Beitrag zur politischen Stabilisierung des Balkans zu leisten, dem kann sich die griechische Politik noch nicht anschließen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. 3. 1994, S. 3.
- 2 Vgl. ausführlich die beiden Arbeiten des Verfassers: Auf dem Balkan isoliert. Griechenlands außen- und sicherheitspolitische Situation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Südosteuropa Mitteilungen 33 (1993) 3, S. 242–251; Griechenland und seine Nachbarn, in: Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Konflikte, Konfliktlösung und Frie-

denssicherung in Südosteuropa, München 1994, S. 147–159.

- 3 Das von Vize-Außenminister Pangalos gegebene Versprechen, die Mazedonienfrage werde die griechische EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1994 nicht dominieren (Agence Europe v. 22. 12. 1993, S. 3), ist nicht eingelöst worden.
- 4 Seit dem 16. 12. 1993 gibt es in Skopje eine deutsche Botschaft, das deutsche General-

- konsulat wurde geschlossen.
- 5 Vgl. *Le Monde* v. 23. 10. 1993, S. 7 und v. 18. 12. 1993, S. 3.
 - 6 Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist von Washington zurückgestellt worden, bis Skopje bestimmte Zusicherungen erfüllt hat. Dazu gehört neben der Einhaltung von KSZE-Regeln und des Embargos gegen Rest-Jugoslawien auch die Bereitschaft zur konstruktiven Kooperation mit Griechenland in den Vereinten Nationen zur Klärung der strittigen Fragen, besonders der inkriminierten Verfassungsartikel und der Benutzung des Sterns von Vergina als Staatseblem. Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* v. 18. 2. 1994, S. 3.
 - 7 Vgl. *International Herald Tribune* v. 16. 10. 1993, S. 7.
 - 8 Zur griechischen Ankündigung vgl. *Süddeutsche Zeitung* v. 18. 12. 1993, S. 1.
 - 9 Griechenlands Regierung hatte den Boykott mit Art. 224 des EWG-Vertrages (schwerwiegende innerstaatliche Störung der öffentlichen Ordnung, Kriegsfall, internationale Spannung, Aufrechterhaltung des Friedens) begründet, ohne die im selben Artikel vorgeschriebene Konsultation der Partner einzuhalten.
 - 10 Vgl. *SZ* v. 29. 11. 1993, S. 7; *Neue Zürcher Zeitung* v. 29. 11. 1993, S. 4; *FAZ* v. 27. 11. 1993, S. 1.
 - 11 Vgl. *Athens News* v. 9. 11. 1993, S. 3.
 - 12 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* v. 20. 11. 1993, S. 3.
 - 13 In manchen Presseartikeln wird sogar die Zahl von 30.000 genannt, vgl. *FAZ* v. 31. 6. 1993, S. 5.
 - 14 Vgl. *The Independent* v. 21. 7. 1993, S. 10; *Le Nouvel Observateur* v. 15.-21. 7. 1993, S. 34.
 - 15 Vgl. *Nachrichten aus der Türkei* v. 27. 8. 1993, S. 3.
 - 16 Griechenland könnte sich auch am japanischen Beispiel orientieren: Japan macht seit dem Frühjahr 1993 die Gewährung internationaler Finanzhilfe an Rußland nicht mehr von der Lösung des Territorialstreits um die Inselkette der Südkurilen abhängig. Bilaterale Probleme sollten streng bilaterale Angelegenheiten bleiben, betonte der japanische Außenminister Muto. Ähnliches wäre denkbar in Bezug auf die griechische Blockierung des IV. EU-Finanzprotokolls an die Türkei. Soweit ist man in Griechenland noch nicht, gerade hier sollte man sich aber, wie bei Japan und Rußland, aus Eigeninteresse ein stabiles Nachbarland wünschen.
 - 17 Vgl. *Eurostat und Die Zeit* v. 18. 3. 1994, S. 6.
 - 18 Vgl. Funck, Götz: Am Tropf der Europäischen Union, in: *Rheinischer Merkur* v. 21. 1. 1994, S. 14.

Weiterführende Literatur

- Austin, Robert: Albanian-Greek Relations: The Confrontation Continues, in: *RFE/RL Research Report*, 2 (20. 8. 1993) 33, S. 30-35.
- Axt, Heinz-Jürgen: Mazedonien: ein Streit um Namen oder ein Konflikt vor dem Ausbruch? In: *Europa-Archiv* 48 (1993) 3, S. 65-75.
- Giannitsis, Tassos: The Economy of Greece in the Perspective of the Single Market. *Stiftung Wissenschaft und Politik*, S. 388, Ebenhausen 1993.
- Libal, Wolfgang: Mazedonien zwischen den Fronten, Wien-Zürich 1993.
- Manousakis, Gregor: Die Rolle Griechenlands auf dem Balkan, in: *Europäische Sicherheit*, (1993) 8, S. 395-397.
- Rondholz, Eberhard: Balkanische Weiterungen. Albanisch-griechische Eskalationsübungen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 38 (1993) 8, S. 989-993.
- Tzermias, Pavlos: Griechenland. Verpaßte Gelegenheiten, in: *EG-Magazin*, (1993) 11, S. 26-28.